

# „Höchst notwendige Einrichtungen“



Die Fachberatungsstelle für Frauen des Frauen- und Mädchenotrufs Rosenheim wird der Landkreis Rosenheim im kommenden Jahr mit 50.000 Euro fördern. Der Rosenheimer Kreisausschuss beschloss zudem, den Zuschuss für die vom Diakonischen Werk Rosenheim betriebene Fachstelle zur Verhinderung von Obdachlosigkeit im Landkreis um 20.000 Euro zu erhöhen.

Seit dem Jahr 2007 überweist der Landkreis Rosenheim jährlich bis zu 65.000 Euro für die Fachstelle zur Verhinderung von Obdachlosigkeit. Seitdem wurde der Zuschuss nicht erhöht. Um die tatsächlichen Personal- und Sachkosten zu decken, hatte das Diakonische Werk eine Erhöhung bis zu 85.000 Euro beantragt.

Auch im Landkreis Rosenheim geraten Menschen immer wieder in Situationen, in denen sie ihre Miete nicht mehr bezahlen können. Kritische Ereignisse wie der Verlust des Arbeitsplatzes oder die Trennung vom Partner führen zum Verlust der finanziellen Existenzgrundlage. Die Abteilungsleiterin Jugend, Familie, Soziales und Kommunales Franziska Mandl nannte im Kreisausschuss konkrete Zahlen. So beriet und betreute die Fachstelle zur Verhinderung von Obdachlosigkeit im Landkreis im Jahr 2018 mehr als 300 Wohnungsnotfälle. Dabei handelte es sich um 63 Familien, 30 Alleinerziehende, 35 Paare, sieben Wohngemeinschaften und 169 Einzelpersonen.

In der anschließenden Diskussion wurden einige unterschiedliche Aspekte beleuchtet. Der stellvertretende Landrat Josef Huber sagte, „die Beratung endet dort, wo der leere Wohnungsmarkt beginnt.“ Aus seiner Sicht hilft hier nur,

„langfristig sozialen Wohnungsbau zu schaffen.“ Dieter Kannengießer von den Parteifreien/ÜWG hält eine begleitende Beratung für unbedingt notwendig. Josef Fortner von der ÖDP forderte, auch an die Ursachen von Wohnungsnot heranzugehen. Bürgermeister-Sprecher August Voit sprach von einem riesigen Problem: „Wir alle tun gut daran, miteinander zu arbeiten und ein Konzept zu entwickeln.“ Mehrfach machten Redner deutlich, dass sich der im kommenden Jahr neu zu wählende Kreistag dieses Themas annehmen muss. Mehrheitlich befürworteten die Mitglieder des Kreisausschusses die Erhöhung des Zuschusses auf 85.000 Euro ab dem kommenden Jahr.

Der Frauen- und Mädchennotruf Rosenheim hat im vergangenen Jahr mehr als 250 Frauen umfassend beraten, in Krisensituationen unterstützt und auf dem Weg zur Bewältigung der erlebten Gewalt begleitet. Mit betroffen waren dabei auch um die 200 Kinder und Jugendliche. Für den stellvertretenden Landrat Josef Huber ist der Frauen- und Mädchennotruf Rosenheim eine „höchst notwendige Einrichtung.“ Dieter Kannengießer von den Parteifreien/ÜWG sagte zu den Erfahrungen, die dort gemacht werden, „es gibt eine Realität, die wir uns nicht vorstellen können.“ Das sah auch Sepp Hofer von den Freien Wählern so, „die beantragten 50.000 Euro sind ein Minimum.“

Um ein flächendeckendes Beratungsangebot und Hilfe für misshandelte Frauen und Kinder zu unterstützen, trat zum 1. September dieses Jahres eine neue Richtlinie des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales für die Förderung von Frauenhäusern, Fachberatungsstellen, Notrufen und angegliederten Interventionsstellen in Bayern in Kraft. Allerdings, so teilte Abteilungsleiterin Franziska Mandl mit, fördert der Freistaat die Fachberatungsstellen nur, wenn sich der Träger mit einem angemessenen Eigenanteil sowie ein Landkreis oder eine kreisfreie Stadt mit maximal 40 Prozent an den Gesamtkosten beteiligen.

Stadt Rosenheim und Landkreis Rosenheim berechnen ihre

jeweiligen Anteile anhand der Einwohnerzahlen. Auf die Stadt entfallen 25 Prozent und auf den Landkreis 75 Prozent des kommunalen Zuschusses. Das bedeutet für den Landkreis, er übernimmt gemäß dem einstimmigen Beschluss des Kreisausschusses für das kommende Jahr 50.000 Euro. Die Stadt Rosenheim signalisierte bereits, die Fachberatungsstelle ebenfalls zu fördern.